

**No. 35516**

---

**Germany  
and  
European Patent Organisation**

**Agreement between the Federal Republic of Germany and the European Patent Organization concerning the implementation of article 12 of the Pension Scheme Regulations of the European Patent Office (with protocol). Munich, 8 December 1995**

**Entry into force:** *22 September 1996 by notification, in accordance with article 5*

**Authentic text:** *German*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 22 February 1999*

---

**Allemagne  
et  
Office européen des brevets**

**Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et l'Organisation européenne des brevets relatif à l'application de l'article 12 des règlements du régime de retraite de l'office européen des brevets (avec protocole). Munich, 8 décembre 1995**

**Entrée en vigueur :** *22 septembre 1996 par notification, conformément à l'article 5*

**Texte authentique :** *allemand*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 22 février 1999*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Europäischen Patentorganisation  
über die Durchführung des Artikels 12  
der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Europäische Patentorganisation –

von dem Wunsch geleitet, die in Artikel 12 Absätze 1 und 2 der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt enthaltene Grundregelung so durchzuführen, daß die rechtlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden, die es ermöglichen, den Rechten der Beamten oder Vertragsbediensteten des Europäischen Patentamts auf dem Gebiete der Rentenversicherung Rechnung zu tragen –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

**Durchführung des Artikels 12 Absatz 1  
der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt**

(1) Ein Beamter oder Vertragsbediensteter des Europäischen Patentamts, der in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung pflicht- oder freiwillig versichert war, kann die Summe der für ihn für die Zeit bis zum Diensteintritt in das Europäische Patentamt an einen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Pflicht- und freiwilligen Beiträge, gegebenenfalls unter Berücksichtigung eines Versorgungsausgleichs, zuzüglich 3,5 Prozent Zinsen für jedes vollendete Jahr nach der Beitragszahlung bis zum Zeitpunkt der Übertragung auf das Versorgungssystem des Europäischen Patentamts übertragen lassen. Die Übertragung erfolgt auf Antrag des Berechtigten; er kann auch von den Hinterbliebenen gestellt werden. Der Antrag ist innerhalb von sechs Monaten nach der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit, vom Vertragsbediensteten spätestens sechs Monate nach dem Zeitpunkt des Erwerbs eines Ruhegehaltsanspruchs, beim Europäischen Patentamt zu stellen. Die Frist läuft frühestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens ab. Das Europäische Patentamt unterrichtet die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, die den Antrag gegebenenfalls an den zuständigen Träger der Rentenversicherung weiterleitet. Die Rücknahme des Antrags ist nicht mehr zulässig, wenn der Antragsteller den Vorschlag des Europäischen Patentamts über den Umfang der gutzuschreibenden Dienstzeit schriftlich angenommen hat.

(2) Beiträge, die vor einem in der deutschen Rentenversicherung zu beachtenden Währungsstichtag gezahlt wurden, sind nur in Höhe des in Kapitel I Nummer 8 des Protokolls zu Artikel 7 dieses Abkommens bezeichneten Prozentsatz ihres Nennwerts zuzüglich 3,5 Prozent Zinsen für jedes vollendete Jahr nach ihrer Zahlung zu übertragen.

(3) Ist dem Antragsteller eine Sach- oder Geldleistung aus der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung gewährt worden, ist bei einer Übertragung der Gegenwert dieser Sach- oder Geldleistung zuzüglich 3,5 Prozent Zinsen für jedes vollendete Jahr nach dem Bezug der Leistung zurückzuzahlen oder mit der Übertragungssumme zu verrechnen.

(4) Mit der Übertragung erlöschen alle Ansprüche gegen die deutsche gesetzliche Rentenversicherung aus allen bis zum Diensteintritt in das Europäische Patentamt zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten.

**Artikel 2**

**Durchführung des Artikels 12 Absatz 2  
der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt**

(1) Ein Beamter oder Vertragsbediensteter, der aus dem Dienst des Europäischen Patentamts ausscheidet, ist berechtigt, den versicherungsmathematischen Gegenwert seiner beim Europäischen Patentamt erworbenen Ruhegehaltsansprüche oder, falls derartige Ansprüche nicht bestehen, die in Artikel 11 der Versorgungsordnung vorgesehenen Beträge auf die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte übertragen zu lassen. Die Übertragung erfolgt nur auf Antrag des Beamten oder Vertragsbediensteten. Der Antrag ist innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Tag des Ausscheidens beim Europäischen Patentamt zu stellen. Die Frist läuft frühestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens ab. Das Europäische Patentamt unterrichtet hiervon die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Die Rücknahme des Antrags ist nicht mehr zulässig, wenn der Gegenwert oder die in Artikel 11 der Versorgungsordnung vorgesehenen Beträge bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte gutgeschrieben sind.

(2) Der versicherungsmathematische Gegenwert der auf Grund der Versorgungsordnung erworbenen Ruhegehaltsansprüche wird vom Europäischen Patentamt gemäß den jeweils gültigen Durchführungsvorschriften errechnet. Falls derartige Ansprüche nicht bestehen, sind die in Artikel 11 der Versorgungsordnung vorgesehenen Beträge zu übertragen. Ist der so errechnete Betrag des versicherungsmathematischen Gegenwerts geringer als derjenige eines Abgangsgelds, der dem Beamten oder Vertragsbediensteten gezahlt werden könnte, ist der höhere Betrag vom Europäischen Patentamt zu übertragen.

(3) Mit der Übertragung gilt der Beamte oder Vertragsbedienstete für die Zeit seiner Beschäftigung beim Europäischen Patentamt als in der Rentenversicherung der Angestellten versichert. Der Eintritt des Leistungsfalls in der deutschen Rentenversicherung steht der Durchführung der Übertragung nicht entgegen.

(4) Für die Fälle einer Rückübertragung lebt das Versicherungsverhältnis wieder auf; hierfür ist die ursprüngliche Übertragungssumme zuzüglich 3,5 Prozent Zinsen für jedes vollendete Jahr nach der Übertragung aus der Rentenversicherung aus dem vom Europäischen Patentamt überwiesenen Betrag zugrunde zu legen.

(5) Für die Bemessung der für die Zeit der Beschäftigung beim Europäischen Patentamt zu zahlenden Beiträge ist das dort erzielte tatsächliche Arbeitsentgelt bis zur jeweils geltenden Beitragsbemessungsgrenze zugrunde zu legen. Die Höhe der Beiträge ist nach den im Zeitpunkt der Übertragung gültigen Vorschriften über die Berechnung von Nachversicherungsbeiträgen festzustellen. Die Beiträge gelten als rechtzeitig gezahlte Pflichtbeiträge. Reicht der vom Europäischen Patentamt übertragene Betrag zur Nachzahlung der Beiträge entsprechend den tatsächlichen Arbeitsentgelten bis zur Beitragsbemessungsgrenze nicht aus, ist der Gesamtbetrag verhältnismäßig auf die von dem Beamten oder Vertragsbediensteten beim Europäischen Patentamt zurückgelegten Beschäftigungsmonate zu verteilen. Der auf jeden Beschäftigungsmonat entfallende Anteil gilt als Monatsbeitrag. Der für eine Nachzahlung entsprechend den tatsächlichen Arbeitsentgelten bis zur Beitragsbemessungsgrenze fehlende Betrag kann von

dem ehemaligen Beamten oder Vertragsbediensteten auf Antrag zugezahlt werden.

(6) Nicht benötigte Restbeträge werden an den ehemaligen Beamten oder Vertragsbediensteten des Europäischen Patentamts ausbezahlt.

(7) Sind für die Zeit, für die eine Übertragung durchgeführt wird, freiwillige Beiträge gezahlt worden, so werden die freiwilligen Beiträge zurückgezahlt.

(8) Das Europäische Patentamt teilt der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte alle für die Anwendung der Absätze 1 bis 5 erforderlichen Angaben, insbesondere die Dauer der Beschäftigung und die Höhe der Arbeitsentgelte mit.

#### **Artikel 3**

##### **Anerkennung vorheriger Versicherungszeiten**

Als vor dem Diensteantritt in das Europäische Patentamt versichert gilt auch, wer für Zeiten davor in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert worden ist oder wird.

#### **Artikel 4**

##### **Aufklärungs- und Beratungspflichten**

Den nach diesem Abkommen verpflichteten Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung und dem Europäischen Patentamt obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung und Beratung der betroffenen Personen über ihre Rechte und Pflichten nach diesem Abkommen. Das Europäische Patentamt und die deutsche Verbindungsstelle können ferner die Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich und zweckmäßig sind. In der Bundesrepublik Deutschland ist die gemeinsame Verbindungsstelle für die Durchführung dieses Abkommens die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

#### **Artikel 5**

##### **Inkrafttreten**

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Bundesrepublik Deutschland der Europäischen Patentorganisation mitteilt, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgeblich für die Fristberechnung ist der Tag des Zugangs dieser Notifikation.

#### **Artikel 6**

##### **Geltungsdauer/Kündigung**

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen, unbeschadet der Rechte nach Artikel 12 Absätze 1 und 2 der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt.

#### **Artikel 7**

##### **Protokoll**

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Geschehen zu München am 8. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Hartmut Hilligenberg

Für die Europäische Patentorganisation  
Dr. P. Braendli

**Protokoll  
zu Artikel 7 des Abkommens  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Europäischen Patentorganisation  
über die Durchführung des Artikels 12  
der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt**

Aus Anlaß der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Patentorganisation über die Durchführung des Artikels 12 der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt haben die Bevollmächtigten erklärt, daß Einverständnis über folgendes besteht:

**Kapitel I**

**Begriffsbestimmungen**

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke:

1. **Beamter:** der Beamte im Sinne des Artikels 1 des Statuts der Beamten des Europäischen Patentamts in Verbindung mit Artikel 1 der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt, ungeachtet seiner Staatsangehörigkeit.
2. **Vertragsbediensteter:** der auf der Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrages eingestellte Bedienstete im Sinne des Artikels 1 der Beschäftigungsbedingungen für Vertragsbedienstete des Europäischen Patentamts, ungeachtet seiner Staatsangehörigkeit.
3. **Hinterbliebener:** wer Hinterbliebener ist, richtet sich nach den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Hinterbliebene und Leistungsberechtigte im Sinne des deutschen Rechts sind Witwen, Witwer, Waisen und vor dem 1. Januar 1977 geschiedene Ehegatten, die nicht wieder geheiratet haben.
4. **Leistungsfall in der deutschen Rentenversicherung:** die Zahlung von Renten wegen Alters, wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und von Todes wegen.
5. **Sach- und Geldleistungen im Sinne der deutschen Rentenversicherung:** die vom Träger der Rentenversicherung zu erbringenden Leistungen zur Rehabilitation, Renten einschließlich aller Zuschüsse, Zuwendungen und Erhöhungen.
6. **Unverschuldete Fristversäumnis:** die Verhinderung ohne Verschulden, eine Frist einzuhalten (vgl. zum Beispiel § 27 Abs. 1 SGB X).
7. **Zinsen:** Zinsen einschließlich der Zinseszinsen.
8. **Währungsstichtage und Prozentsätze, die in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung zu beachten sind:**

21. Juni 1948	im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ohne Beitrittsgebiet	10 v. H.
25. Juni 1948	im Beitrittsgebiet und Berlin-West	10 v. H.
20. November 1947	im Saarland	10 v. H.
1. Juli 1990	im Beitrittsgebiet	50 v. H.
9. **Diensteintritt in das Europäische Patentamt:** Als Zeitpunkt des Diensteintritts in das Europäische Patentamt gilt der Tag, an dem die Ernennung zum Beamten auf Probe wirksam wird. Bei den Vertragsbediensteten gilt als Diensteintritt der Tag, an dem diese ihre Dienstgeschäfte aufnehmen.

## Kapitel II

### Übergangsbestimmungen

1. Durchführung des Artikels 12 Absatz 1 der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt

Der Bedienstete des Europäischen Patentamts, der vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens zum Beamten auf Lebenszeit ernannt worden ist oder als Vertragsbediensteter einen Anspruch auf Versorgung oder Abgangsgeld erworben hat, kann die Übertragung des pauschalen Rückkaufwerts seiner zur deutschen Rentenversicherung gezahlten Beiträge nach Maßgabe des Artikels 1 beantragen.

Artikel 1 gilt auch für den Beamten, der zwischen dem 20. Oktober 1977 und dem Inkrafttreten dieses Abkommens in den Ruhestand versetzt worden ist sowie für den Vertragsbediensteten, der zwischen dem 11. Dezember 1992 und dem Inkrafttreten dieses Abkommens in den Ruhestand versetzt worden ist.

Die Hinterbliebenen des ehemaligen Beamten oder Vertragsbediensteten können ebenfalls die Anwendung dieser Bestimmungen beantragen. Bei mehreren Hinterbliebenen kann der Antrag nur berücksichtigt werden, wenn er von allen Hinterbliebenen gemeinsam gestellt wird.

Zur Vermeidung von Rechtsverlusten muß der Antrag auf Übertragung innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens beim Europäischen Patentamt gestellt werden; abweichend hiervon können Vertragsbedienstete den Antrag bis zum Ablauf der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Frist stellen. Dies gilt nicht in Fällen unverschuldeter Fristversäumnis.

Wird bei Antragstellung bereits eine Rente aus der deutschen Rentenversicherung gezahlt, hat die Übertragung des pauschalen Rückkaufwerts die rückwirkende Aufhebung des Rentenbescheides durch den deutschen Rentenversicherungsträger und die Verpflichtung zur Rückzahlung aller seit dem Rentenbeginn bezogenen Leistungen (Kapitel I Nummer 5) einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen zuzüglich 3,5 Prozent Zinsen für jedes vollendete Jahr nach dem Bezug der Leistungen an den deutschen Rentenversicherungsträger zur Folge. Dies gilt auch für die bis zum Tode des Beamten oder Vertragsbediensteten aus der deutschen Rentenversicherung bezogenen Leistungen, wenn der Antrag auf Übertragung von einem Hinterbliebenen gestellt wird.

2. Durchführung des Artikels 12 Absatz 2 der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt

Der Beamte oder Vertragsbedienstete, der vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens aus dem Dienst des Europäischen Patentamts ausgeschieden ist, kann unter den in Artikel 2 dieses Abkommens vorgesehenen Bedingungen die Übertragung des versicherungsmathematischen Gegenwerts seiner beim Europäischen Patentamt erworbenen Ruhegehaltsan-

sprüche oder, falls derartige Ansprüche nicht bestehen, die in Artikel 11 der Versorgungsordnung vorgesehenen Beträge auf die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte beantragen.

Die Regelungen des Artikels 2 dieses Abkommens gelten auch für den Beamten, der zwischen dem 20. Oktober 1977 und dem Inkrafttreten dieses Abkommens in den Ruhestand versetzt worden ist sowie für den Vertragsbediensteten, der zwischen dem 11. Dezember 1992 und dem Inkrafttreten dieses Abkommens in den Ruhestand versetzt worden ist.

Die Hinterbliebenen des ehemaligen Beamten oder Vertragsbediensteten können ebenfalls die Anwendung dieser Bestimmungen beantragen. Bei mehreren Hinterbliebenen kann der Antrag nur berücksichtigt werden, wenn er von allen Hinterbliebenen gemeinsam gestellt wird.

Zur Vermeidung von Rechtsverlusten muß der Antrag auf Übertragung innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens beim Europäischen Patentamt gestellt werden. Dies gilt nicht in Fällen unverschuldeter Fristversäumnis.

Die Übertragung des versicherungsmathematischen Gegenwerts des Ruhegehaltsanspruchs oder der in Artikel 11 der Versorgungsordnung vorgesehenen Beträge hat das rückwirkende Erlöschen des Ruhegehaltsanspruchs und die Verpflichtung zur Rückzahlung aller seit Versorgungsbeginn bezogenen Beträge an das Europäische Patentamt zur Folge.

### **Kapitel III**

#### **Laufzeit des Abkommens**

Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Patentorganisation über die Durchführung des Artikels 12 der Versorgungsordnung für das Europäische Patentamt gilt unbeschadet einer Kündigung nach Artikel 7 bis zum Abschluß eines neuen Abkommens als fortbestehend.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND  
THE EUROPEAN PATENT ORGANIZATION CONCERNING THE  
IMPLEMENTATION OF ARTICLE 12 OF THE PENSION SCHEME  
REGULATIONS OF THE EUROPEAN PATENT OFFICE

The Federal Republic of Germany

and

The European Patent Organization,

Desiring to implement the basic regulations contained in article 12, paragraphs 1 and 2, of the Pension Scheme Regulations of the European Patent Office in such a way as to establish the legal and technical conditions which will make it possible to comply with the rights of officials or contractual employees of the European Patent Office in the area of pension insurance,

Have agreed as follows:

*Article 1. Implementation of article 12, paragraph 1,  
of the Pension Scheme Regulations for the European Patent Office*

(1) An official or contractual employee of the European Patent Office who had been insured on a mandatory or voluntary basis in the German statutory pension insurance system may transfer to the pension system of the European Patent Office the sum of the mandatory and voluntary contributions paid for him to the statutory insurance authorities in the Federal Republic of Germany for the time prior to his entry on duty in the European Patent Office, allowance being made where necessary for a compensatory provision, together with 3.5 per cent interest for each complete year after the payment of the contribution up to the time of the transfer. The transfer shall take place at the request of the beneficiary; it may also be requested by surviving dependants. The request must be made to the European Patent Office, by an official within six months after his permanent appointment, and by a contractual employee no later than six months after the acquisition of pension rights. The earliest time limit shall be six months after the entry into force of this Agreement. The European Patent Office shall so advise the Federal Insurance Institution for Salaried Employees, which shall if necessary pass on the request to the competent insurance authorities. Once the applicant has accepted in writing the offer of the European Patent Office concerning the period of service to be credited, the request may no longer be withdrawn.

(2) Contributions which were paid before a currency date to be observed in the German pension insurance system shall be transferred only in the amount of the percentage of their nominal value specified in chapter I, number 8, of the Protocol to article 7 of this Agreement, with the addition of 3.5 per cent interest for each complete year after their payment.

(3) If the applicant has received a benefit in cash or in kind from the German statutory pension insurance system, the equivalent value of such benefit in cash or in kind, with the



addition of 3.5 per cent interest for each complete year after receipt of the benefit, shall be reimbursed or deducted from the sum transferred.

(4) When the transfer takes place, all claims against the German statutory pension insurance system relating to qualifying periods prior to the entry on duty at the European Patent Office shall expire.

*Article 2. Implementation of article 12, paragraph 2,  
of the Pension Scheme Regulations of the European Patent Office*

(1) An official or contractual employee who leaves the service of the European Patent Office shall be entitled to transfer to the Federal Insurance Institution for Salaried Employees the actuarial equivalent of the retirement pension rights acquired at the European Patent Office, or, if there are no such rights, the contributions specified in article 11 of the Pension Scheme Regulations. The transfer shall take place only at the request of the official or the contractual employee. The request must be made within a period of six months after the day of separation from the European Patent Office. This time limit shall expire at the earliest six months after the entry into force of this Agreement. The European Patent Office shall so advise the Federal Insurance Institution for Salaried Employees. Once the equivalent value or the contributions specified in article 11 of the Pension Scheme Regulations have been credited, the request may no longer be withdrawn.

(2) The actuarial equivalent of the retirement pension rights acquired under the Pension Scheme Regulations shall be calculated by the European Patent Office according to the current implementation instructions. If there are no such rights, the contributions specified in article 11 of the Pension Scheme Regulations shall be transferred. If the amount of the actuarial equivalent so calculated is less than that of a separation benefit which could be paid to the official or the contractual employee, then the higher amount shall be transferred by the European Patent Office.

(3) When the transfer takes place, the official or contractual employee shall be considered as having been insured in the pension insurance system for employees during the time of his employment at the European Patent Office. Events relevant to benefit entitlements under the German pension insurance system shall not prevent implementation of the transfer.

(4) In the event of a re-transfer, the insurance terms shall be reinstated; they shall be based on the original transfer sum, with the addition of 3.5 per cent for each complete year after the transfer from the pension insurance system, taken from the sum transferred by the European Patent Office.

(5) The actual remuneration received at the European Patent Office shall serve as the basis for calculating the contributions to be paid for the time of such employment, up to the contribution assessment ceiling current in each case. The amount of the contributions shall be established according to the instructions for the calculation of retroactive contributions that were current at the time of the transfer. The contributions shall be deemed to be mandatory contributions paid in good time. If the sum transferred by the European Patent Office is not sufficient for retroactive payment of contributions based on the actual remuneration up to the contribution assessment ceiling, the total amount shall be distributed over the

months of employment worked by the official or contractual employee at the European Patent Office. The part allotted to each month of employment shall be considered as a monthly contribution. The missing amount for retroactive payment based on actual remuneration up to the contribution assessment ceiling may be paid by the former official or employee on request.

(6) Any remaining sum not required shall be paid to the former official or contractual employee of the European Patent Office.

(7) Where voluntary contributions have been paid for the time covered by the transfer, such voluntary contributions shall be repaid.

(8) The European Patent Office shall provide the Federal Insurance Institution for Salaried Employees with all the information necessary for the application of paragraphs 1 to 5, and in particular the duration of employment and the level of remuneration.

#### *Article 3. Recognition of previous periods of insurance*

Anyone who has made or makes retroactive insurance contributions to the German statutory pension insurance system for earlier periods shall be considered as insured prior to his entry on duty in the European Patent Office.

#### *Article 4. Obligation to provide information and advice*

It shall be incumbent upon the statutory pension insurance authorities bound by this Agreement and the European Patent Office to provide general information and advice to the persons concerned regarding their rights and obligations under this Agreement. The European Patent Office and the German liaison office may further agree on administrative measures which are necessary and appropriate for the implementation of this Agreement. In the Federal Republic of Germany, the joint liaison office for implementation of this Agreement shall be the Federal Insurance Institution for Salaried Employees.

#### *Article 5. Entry into force*

This Agreement shall enter into force one month after the day on which the Federal Republic of Germany informs the European Patent Office that the domestic requirements for its entry into force have been fulfilled. The day of receipt of such notification shall count as the beginning of that period.

#### *Article 6. Period of validity/denunciation*

This Agreement is concluded for an indefinite period of time. Each Contracting Party may denounce it by giving notice three months before the end of a calendar year, notwithstanding its rights under article I2, paragraphs 1 and 2, of the Pension Scheme Regulations of the European Patent Office.

*Article 7. Protocol*

The attached protocol shall constitute an integral part of this Agreement.

Done in Munich on 8 December 1995 in two copies, each in the German language,  
both copies being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

HARTMUT HILLGENBERG

For the European Patent Organization:

DR. P. BRAENDLI

PROTOCOL TO ARTICLE 7 OF THE AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL  
REPUBLIC OF GERMANY AND THE EUROPEAN PATENT ORGANIZATION  
CONCERNING THE IMPLEMENTATION OF ARTICLE 12 OF THE PENSION  
SCHEME REGULATIONS OF THE EUROPEAN PATENT OFFICE

On the occasion of the signature of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the European Patent Office concerning the implementation of article 12 of the Pension Scheme Regulations of the European Patent Office the plenipotentiaries have declared that agreement has been reached on the following:

CHAPTER I. DEFINITIONS

The following definitions are used in this Agreement:

1. Official: an official within the meaning of article 1 of the Statute of officials of the European Patent Office, in conjunction with article 1 of the Pension Scheme Regulations of the European Patent Office, irrespective of nationality.

2. Contractual employee: an employee hired on the basis of a contract for a limited time within the meaning of article 1 of the Employment Conditions for Contractual Employees of the European Patent Office, irrespective of nationality.

3. Surviving dependant: the current domestic legal regulations shall determine who is a surviving dependant. Under German law, surviving dependants and those entitled to benefits are widows, widowers, orphans, and spouses divorced prior to 1 January 1977 who have not remarried.

4. Benefit entitlement under the German pension insurance system: the payment of a pension because of old age, reduced work capacity or death.

5. Benefits in cash and in kind under the German pension insurance system: the benefits to be provided by the pension insurance authorities for rehabilitation and pensions, including all allowances, contributions and increases.

6. No-fault non-compliance with a time limit: failure to comply with a time limit through no fault of one's own: (cf. for example section 27, paragraph 1, SGB X).

7. Interest: interest including compound interest.

8. Currency dates and percentages observed in the German statutory pension insurance system:

21 June 1948	in the Federal Republic of Germany without the Acceding Territory	10 per cent
25 June 1948	in the Acceding Territory and West Berlin	10 per cent
20 November 1947	in Saarland	10 per cent
1 July 1990	in the Acceding Territory	50 per cent

9. Entry on duty in the European Patent Office: the day on which an appointment as a probationary official becomes effective is considered as the time of entry on duty at the European Patent Office. For contractual employees, the day on which they take up their duties is considered the time of entry on duty.

## CHAPTER II. INTERIM REGULATIONS

### 1. Implementation of article 12, paragraph 1, of the Pension Scheme Regulations of the European Patent Office

An employee of the European Patent Office who was appointed as a permanent official, or acquired the right to a pension or a separation benefit as a contractual employee, before the entry into force of this Agreement, may apply for the transfer of the lump-sum repurchase value of the contributions he has paid to the German pension insurance system in accordance with article 1.

Article 1 shall apply also with respect to officials who retired between 20 October 1977 and the entry into force of this Agreement, and to contractual employees who retired between 11 December 1992 and the entry into force of this Agreement.

The surviving dependants of former officials or contractual employees may also request the application of these provisions. In the case of more than one surviving dependant, the request may only be considered if it is made jointly by all of the surviving dependants.

In order to avoid a loss of rights, the request for transfer must be made to the European Patent Office within six months after the entry into force of this Agreement; by derogation from this provision, contractual employees may make their request up to the end of the time period referred to in article 1, paragraph 1. This shall not apply in cases of no-fault non-compliance with the deadline.

If, at the time of the request, the German pension insurance system is already paying a pension, the transfer of the lump-sum repurchase value shall result in the retroactive cancellation of the pension approval certificate by the German pension insurance authorities and in the obligation to repay all of the benefits received since the beginning of payment of the pension (chapter I, number 5) including all allowances, contributions and increases, together with 3.5 per cent interest for each complete year after receipt of the benefits, to the German pension insurance authorities. This shall also apply to the benefits received up to his death by an official or contractual employee from the German pension insurance system, if the transfer is requested by a surviving dependant.

### 2. Implementation of article 12, paragraph 2, of the Pension Scheme Regulations for the European Patent Office

An official or contractual employee who left the service of the European Patent Office before the entry into force of this Agreement may, under the conditions specified in article 2 of this Agreement, apply to transfer to the Federal Insurance Institution for Salaried Employees the actuarial value of the pension rights acquired at the European Patent Office, or, if there are no such rights, the contributions specified in article 11 of the Pension Scheme Regulations.

The regulations of article 2 of this Agreement shall also apply with respect to officials who retired between 20 October 1977 and the entry into force of this Agreement, and with respect to contractual employees who retired between 11 December 1992 and the entry into force of this Agreement.

The surviving dependants of the former official or contractual employee may also request the application of these provisions. In the case of more than one surviving dependant, the request may only be considered if it is made jointly by all the surviving dependants.

In order to avoid a loss of rights, the request for transfer must be made to the European Patent Office within six months after the entry into force of this Agreement. This shall not apply in cases of no-fault non-compliance with the deadline.

The transfer of the actuarial value of the pension rights or the contributions specified in article 11 of the Pension Scheme Regulations shall result in the retroactive cancellation of such pension rights and the obligation to repay to the European Patent Office all benefits received since the beginning of payment of the pension.

### CHAPTER III. DURATION OF THE AGREEMENT

The Agreement between the Federal Republic of Germany and the European Patent Office concerning the implementation of article 12 of the Pension Scheme Regulations of the European Patent Office shall continue to apply, notwithstanding any denunciation under article 7, until the conclusion of a new agreement.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE  
D'ALLEMAGNE ET L'ORGANISATION EUROPÉENNE DES BREVETS  
RELATIF À L'APPLICATION DE L'ARTICLE 12 DES RÈGLEMENTS DU  
RÉGIME DE RETRAITE DE L'OFFICE EUROPÉEN DES BREVETS

La République fédérale d'Allemagne

et

L'Office européen des brevets

Désireux d'appliquer les règles de base figurant aux paragraphes 1 et 2 de l'article 12 des règlements du régime de retraite de l'office européen des brevets de manière à établir les conditions juridiques et techniques qui rendront possible de satisfaire les droits des employés officiels et contractuels de l'office européen des retraites dans le domaine de l'assurance retraite

ont convenu de ce qui suit :

*Article 1. Application du paragraphe 1 de l'article 12  
des règlements du régime de retraite de l'office européen des brevets*

(1) Un employé officiel ou contractuel de l'office européen des brevets qui a été assuré sur une base obligatoire ou volontaire auprès du système d'assurance retraite statutaire allemand peut transférer au système de retraite de l'office européen des brevets, les contributions volontaires et obligatoires qui ont été versées pour lui aux responsables statutaires de la République fédérale d'Allemagne avant son entrée en fonction à l'office européen des brevets; une allocation étant prévue si c'est nécessaire pour une compensation ainsi qu'un intérêt de 3,5 pour cent pour chaque année complète après le paiement de la contribution jusqu'au moment du transfert. Le transfert doit se faire à la demande du bénéficiaire ; il peut également être demandé par les héritiers. La demande doit être adressée à l'office européen des brevets par un employé régulier dans les six mois qui suivent son contrat permanent et par un employé contractuel six mois au maximum après avoir fait valoir ses droits à la retraite, le délai le plus tôt étant de six mois après l'entrée en vigueur du présent accord. L'office européen des brevets devra en informer l'Institut fédérale d'assurance pour les employés salariés qui transmettra, si c'est nécessaire, la demande aux autorités compétentes chargées des assurances. A partir du moment où le demandeur a accepté par écrit l'offre de l'office européen des brevets en ce qui concerne la période de service devant être créditée, la demande ne peut plus être retirée.

(2) Les contributions qui ont été payées avant une date qui doit être observée dans le système allemand de l'assurance retraite devront être transférées uniquement selon le pourcentage de leur valeur nominale spécifié au chapitre I, numéro 8 du Protocole à l'article 7 du présent accord et augmentée de 3,5 pour cent d'intérêt pour chaque année de paiement.

(3) Si le demandeur a reçu un bénéfice en espèces ou l'équivalent du système d'assurance retraite statutaire allemand, la valeur équivalente de ce profit en espèce augmentée de

3,5 pour cent d'intérêt pour chaque année complète devra être remboursée ou déduite de la somme transférée.

(4) A partir du moment où le transfert a lieu, toutes les réclamations contre le système d'assurance retraite statutaire allemand relatives aux périodes considérées qui ont précédé la nomination à l'office européen des brevets sont annulées.

*Article 2. Application du paragraphe 2 de l'article 12  
des règlements du régime de retraite de l'Office Européen des Brevets*

(1) Un employé régulier ou un employé contractuel qui quitte ses fonctions à l'office européen des brevets, a le droit de transférer à l'Institut fédéral d'assurance pour les salariés employés, l'équivalent actuariel de ses droits à la retraite acquis à l'office européen des brevets, ou, si ces droits n'existent pas les contributions spécifiées à l'article 11 des règlements du régime de retraite. Le transfert ne pourra prendre place qu'à la demande de l'employé régulier ou contractuel. La demande doit être effectuée dans une période de six mois à partir de la date de la cessation de service à l'office européen des brevets. La date limite expire six mois au plus tôt après l'entrée en vigueur du présent accord. L'office européen des brevets en devra informer l'Institut fédéral d'assurance pour les salariés employés. La demande ne peut plus être retirée à partir du moment où la valeur équivalente ou les contributions spécifiées à l'article 11 des règlements du régime de retraite ont été créditées.

(2) L'équivalent actuariel des droits à la retraite acquis selon les règlements du régime des retraites sera calculé par l'office européen des brevets conformément aux instructions courantes édictées pour son application. Si ces droits n'existent pas, les contributions spécifiées à l'article 11 des règlements du régime de retraite seront transférées. Si le montant actuariel équivalent ainsi calculé est moins que l'indemnité de séparation qui pourrait être payée à un employé régulier ou contractuel, le montant le plus élevé sera transféré à l'Office européen des brevets.

(3) Dès que le transfert est effectif, l'employé régulier ou contractuel sera considéré comme ayant fait partie du système d'assurance retraite pour employés pour la période où il a travaillé à l'office européen des brevets. Des situations particulières relatives à des bénéfices selon le système allemand de l'assurance retraite ne peuvent empêcher le transfert

(4) Dans le cas d'un nouveau transfert, les termes de l'assurance devront être réaffirmés. Ils devront être basés sur la somme transférée au départ augmentée de 3,5 pour cent pour chaque année complète après le transfert du système d'assurance retraite, soustraite de la somme transférée par l'office européen des brevets.

(5) La rémunération actuelle de l'office européen des brevets servira de base pour calculer les contributions qui seront versées pour le temps qu'a duré l'emploi jusqu'à l'évaluation du plafond de la contribution dans chaque cas. Le montant des contributions sera établi conformément aux instructions pour le calcul des contributions rétroactives qui étaient normales au moment du transfert. Ces contributions seront considérées comme des contributions volontaires versées au moment opportun. Si la somme transférée par l'office européen des brevets n'est pas suffisante pour le paiement rétroactif des contributions basées sur la rémunération actuelle jusqu'au plafond de l'évaluation de la contribution, le montant total sera étalé sur les mois de travail de l'employé régulier ou contractuel de l'office européen



des brevets. La part allouée pour chaque mois de travail sera considérée comme une contribution mensuelle. Le montant manquant pour le paiement rétroactif basé sur l'actuelle rémunération jusqu'à l'évaluation du plafond des contributions sera versé par l'ancien employé sur demande.

(6) La somme restante non exigée sera versée à l'ancien employé régulier ou contractuel de l'office européen des brevets.

(7) Lorsque des contributions volontaires ont été versées pour le temps couvrant la période du transfert, celles-ci devront être remboursées.

(8) L'office européen des brevets doit fournir à l'Institut fédéral d'assurance pour les employés salariés, toutes les informations nécessaires à l'application des paragraphes 1 à 5, notamment la durée de l'emploi et le barème des rémunérations.

### *Article 3. Reconnaissance des périodes d'assurance précédente*

Toute personne ayant fait ou qui fait des contributions rétroactives au système allemand de l'assurance retraite statutaire pour des périodes précédentes doit être considérée comme ayant été assurée avant son engagement par l'office européen des brevets.

### *Article 4. Obligation de fournir des informations et des conseils*

Il incombe aux responsables de l'assurance retraite statutaire liés par cet accord et à l'office européen des brevets de fournir des informations générales et des conseils aux personnes concernées concernant leurs droits et obligations aux termes de cet accord. L'office européen des brevets et le bureau de liaison allemand peuvent s'entendre sur des mesures administratives qui sont nécessaires et appropriées pour la mise en œuvre de l'accord. L'Institut Fédéral d'Assurance pour les employés salariés sera le bureau mixte de liaison pour l'application de cet accord en République fédérale d'Allemagne.

### *Article 5. Entrée en vigueur*

Le présent accord entrera en vigueur un mois à partir de la date à laquelle la République fédérale d'Allemagne aura informé l'office européen des brevets que les conditions internes nécessaires à sa mise en œuvre ont été remplies. La date de la réception de la notification sera la date effective de l'entrée en vigueur de l'accord.

### *Article 6. Période de validité et dénonciation*

Le présent accord est conclu pour une période indéfinie. Chacune des parties contractantes peut le dénoncer en donnant un préavis de trois mois avant la fin de l'année régulière, nonobstant le respect de ses droits en vertu des paragraphes 1 et 2 de l'article 12 des règlements du régime des retraites de l'office européen des brevets.

*Article 7. Protocole*

Le Protocole annexé constitue une partie intégrale du présent accord.

Fait à Munich le 8 décembre 1995 en deux exemplaires en langue allemande ; les deux textes faisant foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

HARTMUT HILLGENBERG

Pour l'Organisation européenne des brevets :

DR P. BRAENDLI

PROTOCOLE À L'ARTICLE 7 DE L'ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET L'ORGANISATION EUROPÉENNE DES BREVETS RELATIF À L'APPLICATION DE L'ARTICLE 12 DES RÈGLEMENTS DU RÉGIME DE RETRAITE DE L'OFFICE EUROPÉEN DES BREVETS

A l'occasion de la signature de l'Accord entre le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et l'Organisation européenne des brevets relatif à l'application de l'article 12 des règlements du régime de retraite de l'office européen des brevets, les plénipotentiaires déclarent que l'accord a été réalisé sur les points suivants:

CHAPITRE I. DÉFINITIONS

Les définitions suivantes sont utilisées dans le présent accord :

1. Fonctionnaire : fonctionnaire correspondant à la définition de l'article 1 du statut des fonctionnaires de l'office européen des brevets, conjointement avec l'article 1 des règlements du régime de retraite de l'office européen des brevets, indépendamment de la nationalité.

2. Employé contractuel : un employé engagé sur une base contractuelle pour une période de temps limité correspondant à la définition de l'article 1 des conditions d'emploi des employés contractuels de l'office européen des brevets, indépendamment de la nationalité.

3. Dépendant survivant : le statut de dépendant survivant sera déterminé par les règlements juridiques internes en cours. Selon le droit allemand, les dépendants survivants et ceux qui ont droit aux bénéfices sont : les veuves, les veufs, les orphelins et les épouses divorcées avant le 1er janvier 1977 et qui ne se sont pas remariées.

4. Ayant droit aux bénéfices selon le système allemand de l'assurance retraite : paiement d'une retraite pour les raisons suivantes : vieillesse, capacité de travail réduite ou décès.

5. Bénéfices en espèces et en équivalent selon le système allemand de l'assurance retraite : les bénéfices qui seront fournis par les responsables de l'assurance retraite pour la rééducation et la retraite, y compris les allocations, les contributions et les augmentations.

6. Non-respect du délai en cas de tort partagé : Ne pas respecter le délai même si la faute n'est pas personnelle (voir par exemple le paragraphe 1 de la section 27, SGB X).

7. Intérêt : intérêt y compris intérêt composé.

8. Dates et pourcentages figurant dans le système d'assurance retraite statutaire allemand :

21 juin 1948	dans la République fédérale d'Allemagne sans Territoire Adhérent	10 per cent
25 juin 1948	dans le Territoire Adhérent et à Berlin ouest	10 per cent
20 novembre 1947	dans la Saare	10 per cent
1er juillet 1990	dans le Territoire Adhérent	50 per cent

9. Entrée en fonction à l'office européen des brevets : la date d'entrée en fonction à l'office européen des brevets est la date à laquelle la nomination d'un fonctionnaire pour une période déterminée est effective. Pour les employés contractuels, la date à laquelle ils commencent à travailler constitue la date de leur entrée en fonction.

## CHAPITRE II. RÈGLEMENTS INTÉRIMAIRES

1. Application du paragraphe 1 de l'article 12 des règlements du régime de retraite de l'office européen des brevets

Un employé de l'office européen des brevets qui devient un fonctionnaire permanent ou qui acquiert le droit à une retraite ou d'une indemnité de départ en tant qu'employé contractuel avant l'entrée en vigueur du présent accord peut demander le transfert de la valeur de rachat du montant forfaitaire des contributions qu'il a versées au système allemand d'assurance retraite conformément à l'article 1.

L'article 1 s'applique également aux fonctionnaires qui ont pris leur retraite entre le 20 octobre 1977 et l'entrée en vigueur du présent accord, et aux employés contractuels qui ont pris leur retraite entre le 11 décembre 1992 et l'entrée en vigueur du présent accord.

Les dépendants survivants d'anciens fonctionnaires ou d'employés contractuels peuvent également demander la mise en œuvre de ces dispositions. Dans le cas où il n'y a plus qu'un seul survivant dépendant, la demande ne sera examinée que si elle faite par l'ensemble des dépendants survivants.

Afin d'éviter toute perte de droits, la demande de transfert doit être présentée à l'office européen des brevets dans un délai de six mois après l'entrée en vigueur du présent accord. Par une dérogation de la présente disposition, les employés contractuels ont jusqu'à la fin de la période mentionnée dans le paragraphe 1 de l'article 1 pour présenter leur demande. Cette dérogation ne s'applique pas en cas de non-respect du délai pour torts partagés

Si, au moment de la demande, une indemnité de retraite est déjà versée par le système allemand d'assurance retraite, le transfert de la valeur de rachat de la somme forfaitaire entraîne l'annulation rétroactive du certificat approuvant la retraite et l'obligation de restituer tous les bénéfices perçus depuis le début du versement des indemnités de retraite (chapitre

I, numéro 5) y compris toutes les allocations, contributions et augmentations ainsi que le versement d'un intérêt de 3,5 pour chaque année complète à l'assurance retraite.

Cette disposition s'applique également aux bénéficiaires reçus jusqu'à sa mort par un fonctionnaire ou un employé contractuel du système allemand d'assurance retraite, si le transfert est demandé par un dépendant survivant.

2. Application du paragraphe 2 de l'article 12 des règlements du régime de retraite de l'office européen des brevets.

Un fonctionnaire ou un employé qui quitte le service de l'office européen des brevets avant l'entrée en vigueur du présent accord peut, dans des conditions spécifiées dans l'article 2 de cet accord demander le transfert à l'Institut fédéral d'assurance pour les employés salariés, la valeur actuarielle des droits à la retraite acquis à l'office européen des brevets, ou si ces droits n'existent pas, les contributions spécifiées à l'article 11 des règlements du régime de retraite.

Les règlements de l'article 2 du présent accord s'appliquent également aux fonctionnaires qui sont partis à la retraite entre le 20 octobre 1977 et l'entrée en vigueur du présent accord et aux employés contractuels qui ont pris leur retraite entre le 11 décembre 1992 et l'entrée en vigueur du présent accord.

Les dépendants survivants d'un ancien fonctionnaire ou d'un employé contractuel peuvent également demander l'application de ces dispositions. La demande doit être faite par l'ensemble des dépendants survivants dans le cas où il y a plus qu'un dépendant survivant. Afin d'éviter toute perte de droits, la demande de transfert doit être présentée à l'office européen des brevets dans un délai de six mois à partir de l'entrée en vigueur du présent accord. Cette dérogation ne s'applique pas dans le cas de non-respect du délai pour torts partagés.

Le transfert de la valeur actuarielle des droits à la retraite ou des contributions spécifiée à l'article 11 des règlements de l'office européen des brevets a pour effet, l'annulation rétroactive des droits à la retraite et l'obligation de rembourser à l'office européen des brevets tous les bénéfices reçus depuis le début des versements des indemnités de retraite.

### CHAPITRE III. DURÉE DE L'ACCORD

L'accord entre la République fédérale d'Allemagne et l'office européen des brevets concernant l'application de l'article 12 des règlements du régime de retraite de l'office européen des brevets, continuera à s'appliquer, malgré sa dénonciation selon les termes de l'article 7, jusqu'à la conclusion d'un nouvel accord.

